

Wolfgang Weiß

Der Ländlichste Raum – Regional-demographische Begründung einer Raumkategorie

“Most Rural“ Space – a Regional-demographic Justification for a Spatial Category

Kurzfassung

Mittel im „Aufbau Ost“ und andere Transferleistungen in die ostdeutschen Bundesländer haben östlich der Elbe bislang die geringste Effektivität. Viele Instrumente von Raumordnung und Wirtschaftsförderung, die sich in ländlichen Räumen der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland bewährt haben, versagen im Nordosten. Er scheint wie ein Fass ohne Boden zu sein. Aus regional-demographischer Sicht ist diese Region vom „gewöhnlichen“ ländlichen Raum deutlich zu unterscheiden und als eigenständige Kategorie anzusprechen: als ländlichster Raum.

Abstract

Funding provided under the Aufbau Ost (“Rebuilding the East”) programme and other forms of financial transfer to the Länder (federal states) of eastern Germany have up to now been at their least effective in the area to the east of the River Elbe. Indeed, many of the instruments of both regional structure policy and economic development policy which have repeatedly proved their worth in the rural areas of the former West Germany have failed in the north-east. This area seems to be something of a bottomless pit. From a regional-demographic perspective, this region has to be clearly distinguished from more “ordinary” rural space, and assigned to a distinct new category to be termed „most rural space“.

Weder in der demographischen noch in der geographischen Literatur gibt es allgemeingültige Empfehlungen zur kommunalpolitischen Organisation, obgleich diese beiden Bereiche in der Praxis immer häufiger hinterfragt, zumindest aber – und das zuweilen recht beliebig – als Quelle für Argumente genutzt werden. Das dürfte u. a. an der Komplexität des räumlichen Bedingungsgefüges liegen, das zwar durch bevölkerungsgeographische Verhältnisse dominiert werden kann, dessen Variationen aber keine universelle Aussage zulassen. Wissenschaftlich interessant sind immer die Randbereiche der Spektren räumlicher Eigenschaften, weshalb im Folgenden vorrangig auf den durch permanente Abwanderung gekennzeichneten ländlichen Raum mit besonders geringer Bevölkerungsdichte abgestellt wird.

Eine zweite Vorbemerkung ist systemtheoretischer Natur. Zu jedem Wirtschaftssystem gibt es ein optimales Äquivalent in der politischen Organisation der Gesellschaft. In einem solch weitgehend optimalisierten Verhältnis befinden sich in der Bundesrepublik Deutschland auf gesamtstaatlicher Ebene die soziale Marktwirtschaft und die parlamentarische Demokratie. Dabei hat der Staat die Aufgabe, mit marktkonformen Mitteln Privateigentum, Privatinitiative und freien Wettbewerb zu garantieren bzw. Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb zu schaffen, aber auch unerwünschte Auswirkungen der Marktwirtschaft im sozialen Bereich zu korrigieren, soziale Sicherheit und Chancengleichheit des Einzelnen zu gewährleisten sowie Aufgaben zu übernehmen, die nicht oder nur eingeschränkt über den Markt umzusetzen

sind bzw. die den Markt einschränken würden. Rückwirkend sichert die Wirtschaftskraft die Funktionsfähigkeit dieser Politik.

Die räumliche Dimension des Problems

Für uns ist die Einschränkung „gesamtstaatliche Ebene“ von Bedeutung. Aus geographischer Sicht ist sie als Maßstab aufzufassen. Regional – und auch das ist wiederum nur ein Maßstab – kann es zu Abweichungen von durchschnittlichen Bedingungen kommen, die eine Verletzung der ausgewogenen Relation von Wirtschaft und Politik bewirken. Genau damit sind die Eckpunkte für unser Thema abgesteckt, denn in bestimmten Abwanderungsgebieten mit besonders geringer Bevölkerungsdichte, vorrangig in Ostelbien und der Altmark, besonders deutlich ausgeprägt im östlichen Mecklenburg, der Uckermark und in Vorpommern, setzen einige der unmittelbarsten existentiellen Bedingungen die Funktionalität der sozialen Marktwirtschaft herab. Damit sind nicht die Gesetze des Marktes infrage gestellt, sondern die *Wirksamkeit des Wettbewerbes*, also jener Relation, aus der die Marktwirtschaft ihre Kraft ableitet! Die Ubiquität der Marktgesetze verbirgt, dass sie durch strukturelle Bedingungen ausgewählter Bereiche der Ökonomie und in bestimmten Regionen „ausgehebelt“ werden können – in unserem Falle durch ein relativ banales Moment: die *Bevölkerungsdichte*. In Politik und Verwaltung ist sie fest etabliert, um diverse Entscheidungen zu objektivieren. Das funktioniert so lange, bis sich die Werte im Nebel einer nach oben oder nach unten offenen Skala verlieren!

Nach unten offen ist z. B. die Skala der Bevölkerungsdichte bei der Definition von „ländlich“, wie sie z. B. in der Raumordnung erfolgt und so von fast allen anderen Bereichen der Verwaltung übernommen wird. Im Allgemeinen wird der Schwellenwert 100 Ew. je km² benutzt, was für das Untersuchungsgebiet insgesamt gilt (Mecklenburg-Vorpommern: 77,8 Ew. je km², Brandenburg: 87,5 Ew. je km²; zum Vergleich Schleswig-Holstein: 175,3 Ew. je km², Bayern: 171,0 Ew. je km², Niedersachsen: 164,9 Ew. je km², – Statistisches Jahrbuch 2000, S. 46). Es gibt überall auch Regionen, in denen die Werte weit unter dem jeweiligen Durchschnitt liegen (als ein in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlicher Landkreis hat z. B. Nordvorpommern genau dieselbe Bevölkerungsdichte wie die Altmark: 53 Ew. je km²). Allerdings existiert in den Ländern der ehemaligen Bundesrepublik außer dem von Südwestmecklenburg und der Altmark umrahmten Lüchow-Dannenberg kein Kreis, der so deutlich um oder sogar unter 50 Ew. je km² liegt, wie es ostelbisch vielfach üblich ist. Und es gibt keinen ländlichen Kreis, dessen

Distanz zu echten (!) Zentren so groß ist wie im peripheren Nordosten Deutschlands.

Marktwirtschaft ohne Wettbewerb?

Rein formal ist eine geringe Bevölkerungsdichte weder für das Funktionieren des Marktes noch für die Administration ein Problem. Im Gegenteil: Vielfach finden wir im ländlichen Raum die notwendige Ergänzung der Verdichtungen, und die Städte werden erst durch das Umland zu Zentren. Was aber, wenn sich in hinreichender Distanz keine der üblichen Verdichtungen oder Zentren befindet, wenn die Bevölkerungsdichte großflächig unter ein erträgliches Maß sinkt, bei dem der Wettbewerb, der Motor der sozialen Marktwirtschaft, noch stattfinden kann? Wie reagiert die auf die Region ausgerichtete Wirtschaft bei fehlender Tragfähigkeit? Im allgemeinen gibt es vier Reaktionen, die sowohl alternativ als auch in Kombination auftreten:

- Abwanderung zu den Märkten (und das gilt wieder zunehmend für den Arbeitsmarkt!);
- regionale Monopolbildung der verbleibenden regional orientierten Wirtschaft;
- Filialisierung der überregional orientierten, oft distributiven Wirtschaft;
- Forderung nach politischer Gegensteuerung durch Subventionierung.

Im Untersuchungsraum gibt es alle vier Reaktionen. Der erste Punkt beschleunigt die strukturelle Schwächung der Region. Beispiel für diesen Prozess ist der enorme Rückzug der Dienstleistungen aus der Fläche – deutlich im Widerspruch zum allgemeinen Trend der Tertiarisierung. Der zweite Punkt betrifft neben der regional ausgerichteten mittelständischen Produktion insbesondere die produktiven Dienstleistungen. Beide wirken stark zusammen, wobei vom ersten ein beschleunigender Effekt auf den zweiten ausgeht. Der dritte Punkt kaschiert die eigentliche Strukturschwäche der Region, denn viele „Filialen“ existieren nur, um in der Region den Markt „vorsorglich“ zu besetzen. Außerdem verhindern sie oftmals die Kapitalbildung vor Ort. Der vierte Punkt ist ein Kapitel für sich und bedarf keiner weiteren Erörterung. Alle Fälle führen aber zur Beeinträchtigung des Wettbewerbs, denn die verbleibenden Strukturen orientieren sich am verbleibenden Markt, und dessen Tragfähigkeit wird vom Kundenpotenzial bestimmt, das unter den Bedingungen geringer Bevölkerungsdichte zu einem der härtesten Standortfaktoren wird.¹

Wirtschaftlichkeit außerhalb des Marktes?

Die Leistungen der öffentlichen Hand unterliegen ähnlichen Mechanismen und Maßstäben: Wenn für öffentliche Aufgaben das nötige demographische Potenzial fehlt, dann wird auch hier von Unterschreitung der Tragfähigkeit gesprochen. Allerdings hat dieser Begriff hier inhaltlich genau die entgegengesetzte Bedeutung wie im Verständnis der Marktökonomie! Er dient dazu, die Wirtschaftlichkeit öffentlicher Leistungen zu garantieren bzw. politisch zu begründen. Dafür sind Normen mit zumeist fest definierten Schwellenwerten eingeführt worden. Ein Beispiel enthalten die öffentlich stark diskutierten Schulgesetze: Minimale Schüleranzahl je Klasse, regelhafte Parallelklassen und maximale Schulwege sind die Eckwerte, nach denen Schulstandortscheidungen und Einzugsbereiche optimiert werden könnten. Wird die Tragfähigkeit aber so weit unterschritten, dass der Verwaltung keine Spielräume mehr bleiben, muss politisch entschieden werden, um die Leistungen dennoch anzubieten. In der Wirtschaft hieße das: Verstoß gegen die Gesetze des Marktes. In der Politik heißt das: Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens.

Für den Ausgleich räumlicher Disparitäten hat die Politik einige Instrumente und Maßnahmen entwickelt, aber nicht für den Ausgleich von Disproportionen, d. h. von ungerechtfertigten (!) Niveauunterschieden. Das Hauptproblem ist dabei weniger die Identifikation eines Problems, als die Bemessung der Schwelle, bis zu welcher die Lösung als noch gerechtfertigt gilt, ohne politisch entscheiden zu müssen. Bezüglich ländlicher Räume ist mit der Bevölkerungsdichte ein solcher Parameter gegeben, denn er ist einsichtig und handlich. Allerdings gibt es bislang nur unzureichende Untersuchungen darüber, welcher quantitative Wert die qualitative Schwelle markieren sollte und wie die Gebiete mit geringster Bevölkerungsdichte in Politik und Verwaltung zu behandeln sind. Zudem existiert bisher nicht einmal ein diffuser Konsens darüber, dass es diese Gebiete als Kategorie überhaupt gibt – obgleich sie fast jeder Akteur in seinem Wirkungsfeld recht genau bestimmen kann!

Regionaldemographische Parameter

Die Bevölkerungsgeographie spricht diesbezüglich vom *Ländlichsten Raum*, einer bisher nur akademisch benutzten Kategorie, die begrifflich noch nicht definiert ist. Sicher dürfte sein, dass die Bestimmung eines Maßes für das *Ländlichste* nicht eindimensional erfolgen darf, denn es ist eine komplexe territoriale Eigenschaft. Die Bevölkerungsdichte ist dabei zwar die wichtigste Komponente, steht aber mindestens mit folgenden Merkmalen in Beziehung:

- der Großflächigkeit der Dünnsiedelareale, was die allgemeine Distanzlast, insbesondere den Transportaufwand bei der Inanspruchnahme von Leistungen, einschließt;
- der Distanz zu konkurrierenden Leistungen, was die Wahlmöglichkeit von Alternativen der am Markt orientierten Angebote ausdrückt – quasi ein komplementäres Maß der Monopolisierung regionaler Angebote.

Für die Kommunalpolitik leitet sich bei diesen Raumstrukturen eine spezielle Forderung ab: Die konkrete Bevölkerungsstruktur ist wichtiger als die Einwohnerzahl, denn im Ergebnis langanhaltender selektiver Abwanderung können tiefgreifende *demographisch-soziologische Disproportionen* entstehen, zu deren Indikatoren in Ostelbien und der Altmark insbesondere enorme Frauenverluste im demographisch aktivsten Alter sowie Qualifikationsdefizite gehören. Sie überlagern die Eigenschaft „Ländlichster Raum“ in Einheit von migrationellen Komponenten, Wirkungen und Folgen prozessual und strukturell (Weiß/Hilbig 1998).

Dass sich die demographisch-soziologischen Disproportionen vor 1990 vorrangig auf die von der Landwirtschaft geprägten, ländlichen Gemeinden beschränkten, ist Resultat der damaligen migrationellen Protegierung der Städte, vorrangig durch den staatlichen Wohnungsbau sowie die Kontingentierung von Wohnungen über Kommunen und Betriebe. Der Beitritt zur BRD brachte neben anderen Freiheiten auch die Aufhebung dieser Beschränkungen. Prompt verloren die Zentren ihre vorherige Bevorzugung, und ihre Wanderungseffektivität glich sich sehr schnell dem umliegenden ländlichsten Raum an. Am Beispiel der größten Stadt im Nordosten, der Hansestadt Rostock, wird das besonders deutlich: Im Jahre 1996, damals noch über 200 000 Einwohner, überschritt sie den Schwellenwert von 10 % Männerüberschuss im demographisch aktivsten Alter (20 bis unter 40 Jahre). Aktuell strebt der Wert sogar gegen 15 %. 1987 betrug er bei fast 250 000 Einwohnern 3,7 %. Diese strukturelle Verschiebung ist fast ausschließlich Resultat der überregionalen Migration und hat kaum eine Beziehung zur intensiven Stadt-Umland-Migration.

Aus bevölkerungsgeographischer Sicht gehören demographisch-soziologische Disproportionen zu den besten Indikatoren des Ländlichsten. Ihr Übergreifen auf die Zentren verdeutlicht vor allem die Dimensioniertheit dieser Raumkategorie. Die Frage nach der Tragfähigkeit ist dabei weniger konkret ökonomisch als prinzipiell zu stellen, wobei eine noch näher zu bestimmende „gesellschaftliche Tragfähigkeit“ zu Grunde zu legen ist.

Restriktionen für die Demokratie?

Im Bedingungsgefüge Ländlichster Räume gehören Bevölkerungsdichte und demographische Strukturen zu den harten Faktoren. Sie sind zugleich ein guter Indikator für erhebliche Defizite der politischen Funktionsfähigkeit auf kommunaler und mittlerweile sogar auf regionaler Ebene. Diese Defizite erhalten zuweilen bereits den Charakter von Determinanten ländlichster Räume. Sie drücken sich wie folgt aus (keine Rangfolge!):

- Für die Politik in kleinen Strukturen fehlen oft die geeigneten Akteure, was im Extremfall bereits zu einigen Gemeindefusionen führte, weil es für mindestens eine der beteiligten Kommunen keinen Bürgermeister mehr gab.
- Die Anzahl der regionalen Akteure außerhalb der Politik wird „sehr übersichtlich“; die sich in der lokalen und regionalen Wirtschaft herausbildenden Monopolstrukturen reduzieren den Adressraum der Politik, womit die für unser Demokratieverständnis nötige Pluralität bei Aufträgen und Partnerschaften (z.B. Agenda 21, Public Private Partnership) eingeschränkt wird.
- Die außerordentlich starke Sozialkontrolle im ländlichsten Raum kann zum Unterlaufen demokratischer Grundsätze führen (z. B. Wahrung des Wahlgeheimnisses).
- Demographisch-soziologische Disproportionen infolge langer selektiver Abwanderungen korrelieren mit einer latenten Verarmung der Qualifikationspotenziale und Tendenzen einer allgemeinen kulturellen Degradation, was die Demokratiefähigkeit akut gefährdet.
- Die absehbare Bevölkerungsentwicklung des Ländlichsten Raumes gibt keinen Anlass zur Hoffnung auf generelle Änderungen der Lage, womit die normative Tragfähigkeit (!) für Leistungen zukünftig noch stärker unterschritten wird.
- Die Wirtschaftskraft des Ländlichsten Raumes ist so gering, dass endogen keine signifikante Verbesserung der existentiellen Bedingungen zu erwarten ist, was den politischen Aktivitäten klare Grenzen setzt.

Aus Sicht der Regionaldemographie lässt sich daraus zwar keine Schlussfolgerung zur Lösung für das Eingangsproblem, die Gemeindegebietsreformen, ableiten, wohl aber Fragen stellen, deren Antworten vielleicht den Schlüssel enthalten, voran:

Welchen Wert hat der Ländlichste Raum für die Gesellschaft insgesamt, wenn er künftig als Ganzes zu alimentieren ist? Der am 24. Juni 2001 neu ausgehandelte Länderfinanzausgleich antwortet darauf mit einer ge-

ringfügigen Erhöhung der Einwohnerbewertung für dünn besiedelte Gebiete. Ob sich damit die flächen- und distanzbezogenen Mehraufwendungen insbesondere der Kommunen im Ländlichsten Raum auffangen lassen, bleibt abzuwarten, zumal die Gelder dort ja auch erst einmal ankommen müssen!

Und worin besteht die politische Bedeutung des Ländlichsten Raumes? Hat die „politische Ebene“ in Dörfern großer Gebiete unter etwa 25 EW/km² einen besonderen Charakter? Ist der Unterschied von Politik und Verwaltung hier vielleicht besonders deutlich?

Die wichtigste Schlussfolgerung ist ohnehin nicht aus Statistiken abzuleiten, sondern nur durch die partizipierende Observation im Selbstexperiment ländlichster Lebensweise zu erfahren: Der Ländlichste Raum ist eine eigene Qualität! Seine kommunalpolitische Organisation sollte nicht nach Maßstäben von Städten und Verdichtungsgebieten erfolgen. – Diese Aussage mag manchem zu absolut klingen. Das löst sich aber schnell auf, wenn man in das Kalkül die geo-psychologische Dimension einbezieht:

Die „räumliche Identität“ – eine geo-psychologische Dimension

In der aktuellen Diskussion zur Regional- und Kommunalpolitik spielt der Begriff der *Identität* eine wichtige Rolle. Er wird nicht einheitlich verwendet, sondern von verschiedenen Gruppen und Personen mit zum Teil sehr unterschiedlichen Absichten und Inhalten benutzt.

Im Allgemeinen wird unter Identität die Übereinstimmung einer Person oder einer Sache mit dem verstanden, als was sie sich darstellt oder als was sie bezeichnet wird. Der Begriff wird auch für *psychologische Zustände* und *mentale Befindlichkeiten* von Personen und Gruppen benutzt, wodurch er eine stark emotionale Funktion erhält. Dabei geht es aber weniger um *Identität* als um *Identifikation*.

Der räumliche Identitätsbegriff steht oft für lokale Verwurzelung, angestammte Herkunft, zumindest für einen längeren Lebensabschnitt oder aber die verbrachte Schulzeit in der Region. Auf öffentliche Personen angewendet, wird eine hochgradige *raumbezogene Kompetenz mit tiefem Insiderwissen* unterstellt.

Der politisierte Identitätsbegriff kann hingegen auch als Argument gegen Anpassungen an äußere Impulse benutzt werden – die psychologische Basis ist die *Angst vor Veränderungen*. Mit dieser Identität verbindet sich oftmals auch ein Mangel an Innovationsbereitschaft sowie die Ablehnung (orts-)fremder Personen und Ideen sowie externer Initiativen.

Die emotionale Seite der räumlichen Identität und Identifikation hat eine *geographische Determinante*, welche insbesondere bei geringer Bevölkerungsdichte zur Geltung kommt. Es sind die „*Mental-Maps*“, also jene geistigen bzw. kognitiven Abbilder der Umwelt, die jeder Mensch aufbaut, um sich zu orientieren. Der Begriff „Landkarte“ ist dabei nur ein Symbol.

Mental-Maps von Menschen derselben Region können recht unterschiedlich geschnitten sein. Sie sind zunächst von jenen räumlichen Beziehungen geprägt, welche für den einzelnen besonders wichtig sind bzw. welche die einzelne Person besonders häufig realisiert: Die täglichen Wege zur Arbeit und zur Versorgung. Sie umreißen auch Räume, in welchen jene Personen zu finden sind, mit denen häufiger Kontakt besteht. Die Geographie bezeichnet diese Relationen als arbeits-, versorgungs-, sozial- und kommunikationsräumliche Beziehungen. Sie umreißen für den Einzelnen den Lebens- bzw. den näheren Aktionsraum, der in ländlichen Gebieten nur selten mit dem Administrationsraum identisch ist, meistens außerhalb liegt.

Städtische und ländliche Identität

Die Aktionsräume verschiedener Personen sind nur selten deckungsgleich. Standorte und Gebiete, wo das Arbeitsplatzangebot, die Chancen zur Versorgung und die Möglichkeiten für eine organisierte Betätigung in der Freizeit besonders vielfältig sind, haben zumeist einen hoch urbanisierten Charakter; es sind *Städte*. Hier sind – wiederum abhängig von der Tragfähigkeit – verschiedene Einrichtungen zumeist mehrfach zur Auswahl vorhanden. Welche Einrichtung auch ausgewählt wird: Das Ziel ist immer in derselben Stadt zu finden, d.h. der Zielorte hat immer denselben Namen, was trotz aller Differenziertheit der konkreten Ziele zu einer spezifischen Identität führt. Man wohnt, arbeitet und kauft in ein und derselben Stadt ein, hat am selben Ort seine Freunde usw., obgleich die konkreten Plätze der Aktionen oft viele Kilometer voneinander entfernt sind. Ob Spandau oder Köpenick – man bleibt in Berlin und bewegt sich nur selten aus dem städtischen Aktionsraum heraus.

Völlig anders im *ländlichen Raum*. Wegen der geringen Anzahl der zu versorgenden Menschen haben die jeweiligen Angebote für Arbeit, Versorgung, Bildung, Sport, Kultur usw., auch die Einrichtungen im Gesundheitswesen, in der Regel eine wesentlich größere Reichweite bzw. ein viel größeres Einzugsgebiet als vergleichbare Einrichtungen in den Städten. Der Einzugsbereich resultiert auch hier aus der Tragfähigkeit. Eine höhere räumliche Dichte marktorientierter Einrichtungen würde schnell zum Konkurs unter den

Mitbewerbern führen. Darum haben sie in ihrem Einzugsbereich quasi eine Monopolstellung. Auch eine höhere Dichte von nicht am Markt ausgerichteten Einrichtungen „rechnet“ sich nicht. Das bedeutet für Personen im ländlichen Raum, dass es dort nach ökonomischen Erwägungen keine Alternativen zu diesen Angeboten gibt. So haben verschiedene Personen bei inhaltlich gleichem Zweck zumeist örtlich immer *das-selbe* Ziel, woraus sich eine *Deckungsgleichheit in den Mental-Maps* ableitet – Basis der Identität im ländlichen Raum.

Die ländliche Identität ist also anders ausgeformt als die formale Identität in der Stadt – sie ist eher uniform, weniger variant, damit aber auch sehr konkret oft auf das Wesentliche reduziert und widerspiegelt das Existenzielle im Ländlichen. Im Ländlichsten findet diese Relation ihre Steigerung durch *Defizite im Existenzialen*. Veränderungen *dieses* Rahmens greifen tief in die Ordnung lebensbestimmender Parameter aller Personen ein, was hier eine wesentlich größere Tragweite hat als in der Stadt. Wenn in der Stadt ein Bäcker in Rente geht und aus dem Geschäft vielleicht eine andere Dienstleistungseinrichtung wird, verändern sich zwar auch die raum-zeitlichen Beziehungen der Nutzer, aber nicht grundsätzlich. Man kauft ab sofort beim nächsten Bäcker ein, und die neue Einrichtung bietet vielleicht sogar die schon lange ersehnten Leistung an. Anders auf dem Lande: Jede Veränderung kann grundsätzlich sein.

Der aktuelle Verfall der ländlichen Identität im Osten Deutschlands

Der Identitätsbegriff der politischen Diskussion hat für die Bürger ländlicher Gemeinden eine relativ geringe Bedeutung. Wichtiger sind der Arbeitsmarkt, Veränderungen im Aktionsraum, Ansprüche an Lebensqualität und Möglichkeiten ihrer Befriedigung – alles Momente, die heute zumeist aus der Gemeinde hinausführen. Die gemeindliche Identität ist bestenfalls dort von Belang, wo es noch (sic!) kommunales Leben mit hoher Integration gibt.

Einrichtungen und Funktionen, welche vor 1990 im ländlichen Raum Identität bewirkten, hatten mit der politisch-administrativen Gemeinde nur selten zu tun. Die Gemeinde war Organ des Staates und funktionierte nicht wegen einer kommunalen Identität der Einwohner! Die vorhandene Identität erhielt allerdings durch den Gemeinamen ihre Bezeichnung.

Die außerordentliche Dynamik der Veränderungen im ländlichen Raum Ostelbiens seit 1990 zeigt sich in der die Raumstrukturen dominierenden Produktionsstruktur insbesondere durch Veränderungen arbeits-

räumlicher Beziehungen. Vor 1990 hatten große landwirtschaftliche Betriebe die stärkste integrative Kraft, oft über die Gemeinde hinaus. In Mecklenburg-Vorpommern hatte die Landwirtschaft in etwa 85 % der Gemeinden bei der beschäftigten Wohnbevölkerung einen Anteil von über 50 %. Allein von 1990 bis 1994 reduzierte sich die Anzahl der Beschäftigten in der landwirtschaftlichen Primärproduktion von 128 273 auf 27 943, also um rund 80 %! Für über 100 000 Personen im ländlichen Raum wurde damit das noch vor kurzem tragende Identifikationsmerkmal ungültig. Das bewirkt eine enorme *Aushöhlung der lokalen Identität*.

Die Entwicklung in den Dienstleistungen vollzieht sich – trotz der allgemeinen Tertiarisierung – in die gleiche Richtung. Vor 1990 waren Verkaufsstellen mit dem Angebot an „Waren des täglichen Bedarfs“ die infrastrukturellen Einrichtungen mit der größte Streuung. An Orten ohne eine solche Verkaufsstelle gab es in der Regel keine andere Einrichtung der sozialen Infrastruktur. Der „Dorf-Konsum“ war aber weit mehr, als nur eine Verkaufsstelle – er war das Zentrum der lokalen Kommunikation. Den Supermärkten am Rande der größeren Städte konnte er nicht standhalten, und so fiel er auch als Medium der lokalen Identifikation weg.

Dafür verbindet jetzt der gemeinschaftlich zu ertragende Mehraufwand an Mobilität:

Veränderungen der Versorgungsdistanzen im Ländlichsten Raum nach 1990

Periode	Niveaustufen der Versorgung	Orientierung
bis 1990	a) Versorgung mit „Waren des täglichen Bedarfs“ ⇒ „Dorfkonsum“ im Ortsteil, z.T. auch ambulant	lokal
	b) Versorgung im „periodischen Bedarf“ ⇒ ländlicher Zentralort (BHG, Landwarenhaus)	kleinräumig
	c) Versorgung im „aperiodischen Bedarf“ ⇒ Stadt, insbesondere Kreisstadt, seltener Bezirksstadt	kreislich, z.T. überkreislich
seit 1990	a) Zusammenbruch des Versorgungsnetzes „vor Ort“; ⇒ rudimentäres Angebot in ländlichen Zentralorten	kleinräumig
	b) Aufschluss neuer Standorte an der Peripherie größerer Zentren; ⇒ standardisiertes Angebot in/bei Unter- und Mittelzentren;	kreislich
	c) Überregionale Orientierung auf Discounter, insbesondere bei Oberzentren; ⇒ Einbeziehung funktional zugeordneter Landkreise;	überkreislich

Quelle: Weiß u.a. 1997/98

An der Post lässt sich seit deren Privatisierung am besten beobachten, wie sich Einrichtungen der Dienstleistungen aus der Fläche zurückziehen. Vor 1990 hatte fast jede Gemeinde eine Postdienststelle mit vollem

Sortiment; heute gibt es in vielen Gebieten mit der Fläche eines Viertels der alten Landkreise und größer nur noch Briefkästen und öffentliche Fernsprecher. Die Paketzustellung bei Abwesenheit ist schwierig, ein Paket aufzugeben fast unmöglich. Ohne die Chance, Briefmarken zu kaufen, wird in naher Zukunft auch der verbliebene Briefkasten überflüssig sein! Andere Einrichtungen gehen ähnliche Wege oder werden in Kürze folgen. Entwicklungen wie das Homebanking sowie das Ordern von Waren über das Internet befördern diesen Prozess. Als letzte Träger der Identität sind vielfach nur noch solche Einrichtungen verblieben, die sich nicht am Markt auszurichten haben (staatlich getragene Einrichtungen, insbesondere im Bildungswesen) und – *die Gemeinde!*

Die psychologisch dimensionierte Gemeinde im Ländlichsten Raum

Nach dem Verlust vieler Einrichtungen und Funktionen, welche vor 1990 die Identität in den ländlichen Gemeinden bestimmten, ist von der ursprünglichen Identität im Ländlichsten Raum oft lediglich der *Name* geblieben, der sich für die meisten Menschen in der *Anschrift* wiederfindet. Damit kommt der Gemeinde hier eine Bedeutung zu, welche früher kaum eine Rolle spielte – und welche in der politischen Diskussion bisher kaum beachtet wird. Sie ist aber weit mehr, als nur eine Adresse: *Die Gemeinde integriert emotional; sie schafft eine mentale Identität!* In diese Identität wird – oft symbolisch – hineinprojiziert, was der Einzelne vermisst oder glaubt, verloren zu haben – und was für ihn Heimat und Geborgenheit ausmacht. Damit ist diese Identität zwar fiktiv, besitzt aber eine außerordentlich große moralische Bedeutung und zuweilen eine geradezu „religiöse Energie“.

Diese Identität hat noch eine zweite Seite, die wiederum mit den Mental-Maps zu tun hat, und sich aus ihnen als besonderer psychologischer Effekt ableitet:

Im Gegensatz zur Anonymität der Stadt vermittelt das Dorf das Gefühl der Geborgenheit in einem überschaubaren (!) sozialen Netz. Zwar können die *Dimensionen des Überschaubaren* individuell sehr verschieden sein, aber im ländlichen Raum umreißen sie zumeist territoriale Größen, die im Wesentlichen dem Zuschnitt der alten Landgemeinden entsprechen. Sie besitzen damit in der Regel jenen räumlichen Rahmen, in dem Bürgerbeteiligung und demokratische Mitwirkung am effektivsten organisiert werden können! Wenn hinsichtlich einer Veränderung der administrativen Strukturen von der Notwendigkeit einer besonderen Rücksicht auf die Identität der Bevölkerung gesprochen wird, dann sollte genau dieser Sachverhalt beachtet werden. Das entspricht auch dem Ergebnis einer Befragung in einem

studentischen Projekt zur ländlichen Identität: Den meisten Menschen ist es ziemlich egal, wo sich ihre Verwaltung befindet – Hauptsache, sie wissen, an wen sie sich wenden müssen, wenn sie ein Problem haben, und dass diese Stelle für sie räumlich und zeitlich effektiv zugänglich ist! Auch hier findet also wiederum eine Reduktion auf das Elementare statt.

Hinsichtlich der aktuellen Diskussionen um Veränderungen in den politisch-administrativen Strukturen auf kommunaler Ebene ist damit der Ländlichste Raum sehr wohl anders als die üblichen ländlichen Räume zu bemessen.

Sonderfall Stadt-Umland-Gemeinden

Stadt-Umland-Bereiche (SUB) haben zumeist eine „doppelte Bevölkerung“: die autochthone („angestammte“) und die allochthone („zugezogene“) Bevölkerung. In der Regel ist das zahlenmäßige Verhältnis der Einheimischen zu den Zugezogenen proportional zur Entfernung vom städtischen Zentrum. Die Dynamik der Prozesse seit 1990 zeigt sich hier in speziellen Problemen, die sich auch auf die Identität der Beteiligten erstrecken.

Die Identität der autochthonen Bevölkerung ist vielfach vom *Unterschied zur Stadt* geprägt. Jahrzehnte lang war man sich dieser Unterschiede wohl bewusst; oft waren sie sogar das dominante Merkmal der stadtnahen, dörflichen Identität. Anders die allochthone Bevölkerung: Sie kommt aus der Stadt, behält zumeist auch dort ihre Arbeit, nutzt weiterhin die städtische Infrastruktur, erfährt keine Veränderungen in den sozialen Beziehungen usw. – *sie bleibt städtisch*, obwohl sie jetzt auf dem Lande lebt! Sie praktiziert, was der autochthonen Bevölkerung auf den Dörfern der SUB oft noch bevorsteht: Die vollständige Orientierung auf das Zentrum – Basis einer zukunftsfähigen regionalen Identität.

Die Dimensionen des Ländlichsten – Zusammenfassung

Der Ländlichste Raum ist eine eigenständige Raumkategorie. Bei gleichen juristischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterscheidet sie sich vom ländlichen Raum durch Parameter unterschiedlicher Kategorien: Die besonders geringe *Bevölkerungsdichte* dominiert das wirtschaftsräumliche Bedingungsgefüge. Sie setzt der ökonomischen Tragfähigkeit enge Grenzen. Das führt zu großen Distanzen zwischen Standorten konkurrierender Angebote bei konsumtiven Leistungen sowie zu großen Distanzen zu innovativen Zentren und Gebieten. Die *Großräumigkeit des Ländlichsten* leitet sich aus der raum-zeitliche Distanz zu

den Märkten ab und steht mit Defiziten an ökonomisch vertretbaren Angeboten von am Markt orientierten Leistungen im Zusammenhang.

Seitens der politischen Prozesse fehlt es im Ländlichsten Raum nicht nur an einer den räumlichen Bedingungen angemessenen effektiven Kommunalstruktur, sondern auch an der nötigen Anzahl qualifizierter Partner, was den Ansprüchen an eine pluralistisch orientierte Demokratie widerspricht. Lang anhaltende selektive Abwanderungen führten vielerorts, ja bereits regional zu einer extremen Schiefelage in der Alters-, der Sexual- und der Qualifikationsstruktur. Diese *demographisch-soziologischen Disproportionen* sind seitens der Regionaldemographie als die besten Indikatoren des Ländlichsten Raumes identifiziert worden. Sie haben eine enge Beziehung zu den sozialpsychologischen Parametern der Mental-Maps, aus denen sich die lokale Identität ableitet, deren bedenklichster Ausdruck vielfach Innovationsfeindlichkeit ist, was von Optimisten allerdings auch als Persistenzfreundlichkeit interpretiert werden kann.

Anmerkungen

*) Die ursprüngliche Intention dieses Beitrags war auf die Arbeit in der Enquete-Kommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ des Schweriner Landtages gerichtet.

(1) Die Überlagerung dieses Sachverhalts mit den in solchen Diskussionen sonst immer genannten ostdeutschen Problemen (Strukturarmut fast reiner Agrargebiete, extreme Kapitalschwäche, Fehler bei der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung usw.) soll hier bewusst ausgespart bleiben.

Literatur

Weiß, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Mecklenburg-Vorpommern. Brücke zum Norden und Tor zum Osten. 1. Aufl. = Perthes Länderprofile: Geographische Strukturen, Entwicklungen, Probleme. Gotha

Weiß, Wolfgang; Brunner, Dieter; Hilbig, Antje; Müller, Bernhard: Das Zentrale-Orte-System in Mecklenburg-Vorpommern. Überlegungen zur Weiterentwicklung unter besonderer Beachtung der Erfahrungen mit dem bestehenden System. Grundlagenstudie und Zwischenbericht. Projekt im Auftrage des Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Umwelt in Mecklenburg-Vorpommern, *populus et regio*, Kreuzmannshagen, Greifswald 1997/98. (unveröff.)

Weiß, Wolfgang; Hilbig, Antje (1998): Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 11,12, S. 793–802

PD Dr. Wolfgang Weiß
Ernst-Moritz-Arndt-Universität
Geographisches Institut
Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße 16
17489 Greifswald